

Statements zur Veröffentlichung des Papiers

„Demokratie stärken, Rechtsextremismus und Rassismus bekämpfen - Forderungen an die hessische Landesregierung“

Mit unseren Forderungen möchten wir eine differenzierte demokratische Diskussion anstoßen, die gerne kontrovers sein darf. Wir benennen Probleme und Defizite, die wir in Hessen sehen, nicht in spalterischer Absicht. Wir stellen Institutionen und ihre Vertreter*innen keineswegs unter Generalverdacht, wenn wir z.B. rechtsextreme Haltungen in der hessischen Polizei thematisieren, die in den vergangenen Wochen zu deutlich zu Tage getreten sind, als dass man noch von Einzelfällen sprechen kann.

Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen

Auch Hessen hat ganz klar ein Rassismusproblem. Und nicht erst seit dem antimuslimischen und antiziganistischen Rechtsterror auf junge Menschen in Hanau wissen wir: Rassismus tötet. Hanau ist dabei nur die Spitze des Eisberges, denn auch nach Hanau bestehen etwa rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden fort und bedrohen weiterhin Menschen. Aber auch jenseits der rechten Gewalt müssen wir die strukturelle Diskriminierung auf allen Ebenen anprangern und durch Teilhabe für alle Gesellschaftsgruppen ersetzen. Die Bekämpfung des Rassismus in Hessen sind wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen schuldig, sondern auch unserer Demokratie der Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen in Hessen.

Said Barkan, Vorsitzender des Landesverbands Hessen des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Leider haben wir in Hessen mit Blick auf rechte Gewalt eine unselige Tradition des Wegsehens und Kleinredens. Zu lange hat die Politik das Ausmaß von Rechtsextremismus und Rassismus bagatellisiert. Der Aufklärungs- und Präventionsarbeit fehlte es an Entschiedenheit. Nach dem Anschlag von Hanau hat die hessische Landesregierung einiges auf den Weg gebracht – aber es bleibt noch sehr viel zu tun. Wir brauchen keinen Aktionismus sondern nachhaltige Maßnahmen für die Stärkung der Zivilgesellschaft und die demokratische Kultur in Hessen.

Dr. Meron Mendel, Direktor der Bildungsstätte Anne Frank

Nach den Terroranschlägen in Hanau und den zahlreichen Morddrohungen müssen wir alle aufstehen gegen Rassismus. Vor allem aber ist die Landesregierung gefordert, endlich grundlegende Maßnahmen zu ergreifen, um diese Gewalt zu stoppen. Es kann nicht angehen, dass immer wieder Menschen in Hessen um ihr und das Leben ihrer Familie fürchten müssen. Es braucht eine Gesamtstrategie, Rassismus und Menschenverachtung den Boden zu entziehen.

Imke Meyer, Aufstehen gegen Rassismus

Es muss aufhören, dass unsere Familien immer wieder als „andere“, „nicht-dazugehörige“, „Fremde“ angesehen und in Schubladen gesteckt werden. Die Familien müssen sich in Deutschland sicher fühlen können. Rassistischen und rechtsextremistischen Übergriffen, Anfeindungen und Gewalttaten muss konsequent entgegengetreten und sie müssen vor allem verhindert werden. Die hessische Landesregierung ist gut beraten, zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Expertise dabei mit einzubeziehen und gegen strukturellen und institutionellen Rassismus vorzugehen. Für alle Bürger*innen des Landes.

Hiltrud Stöcker-Zafari, Bundesgeschäftsführerin, Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.